

Hilfe, die jetzt fließen muß

VON JOSEF JOFFE

Schlechtes Gewissen und grenzenlose Erleichterung summieren sich selten zum guten Ratgeber. Hätte man doch nur mehr Geld gen Osten geschaufelt, monieren die einen, dann wäre uns der Putsch in Moskau erspart geblieben. Andere, darunter ein lauter Chor von Bonnern, fordern nachgerade beschwörend, jetzt endlich massiv zu zahlen – um Gorbatschow zu stärken und Nachahmetäter zu schrecken.

Auch wenn der verlorene Sohn bei seiner Rückkehr stets wärmer umarmt wird als die Daheimgebliebenen (dies wären die Ungarn, Polen und Tschechen, die längst den steinigen Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie beschritten haben), bleibt doch die kühle Analyse der Vor-Putsch-Zeit von Bestand. Die Bundesrepublik hatte gewiß ihre eigenen politischen Gründe (Stichwort: Truppenabzug aus der Ex-DDR), Gorbatschow seit 1989 mit knapp 60 Milliarden unter die Arme zu greifen. Doch haben die USA, Japan und England zu Recht gezögert, mehr Ressourcen in jene Wanne zu pumpen, die laut Margaret Thatcher vorweg mit einem Stöpsel versehen werden mußte. Es hat keinen Sinn, gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen, wenn die Pleitefirma nicht einen vernünftigen Sanierungsplan vorlegen kann.

Das hatte Gorbatschow vor dem Montags-Putsch nicht getan, weil er – obwohl ihm die Befehlswirtschaft unter den Händen zerfiel – in Wahrheit weiterlavieren wollte. Ein Greuel war ihm im Grund alles, was die Jelzins und Radikalreformer seit Monaten gefordert hatten: Marktwirtschaft und Privatisierung. Doch hätten auch die großzügigsten Subsidien aus dem Westen nicht den Bankrott abwenden können, der sich seit Jahren anbahnt. Ein paar Zahlen mögen das Ausmaß der selbstgemachten Katastrophe beleuchten: Im Jahre 1985, als Gorbatschow das Regiment übernahm, schrieb die Sowjet-Wirtschaft noch schwarze Zahlen; bis 1989 bewegte sich deren Wachstum immerhin noch knapp über der Null-Linie. Dann stürzte das „Wachstum“ 1990 ins Minus (fünf Prozent), um in diesem Jahr (geschätzt) bei knapp 20 Prozent zu landen.

Was hätte da noch mehr West-Geld bewirken können? Seit 1990 sind die Verbraucherpreise um 250 Prozent gestiegen, was in schlichtes Deutsch übersetzt bedeutet: Es gibt immer weniger zu kaufen, weil immer weniger produziert wird oder auf den Markt gelangt. Noch anders ausgedrückt: Die Staatsfinanzen sind heillos zerrüttet, die Notenpresse hat längst ihr zerstörerisches Werk begonnen. Tatsächlich betrug das Haushaltsdefizit der Union zur Jahresmitte 40 Milliarden Rubel, was auch darauf zurückzuführen ist, daß die Republiken ihre Einkünfte nicht mehr an die Zentrale weitergaben. Sie aber stecken ebenfalls tief

in der Kreide. Alles in allem, so die Schätzung des britischen *Economist*, werden sich die Defizite der Union und der Republiken zum Jahresende auf 300 Milliarden summieren – das ist fast ein Drittel des Brutto-sozialprodukts. Wollte nicht der Westen ebensoviel dazuschießen (was er nicht kann), müßte die Sowjetunion „A“ sagen, bevor die Emissäre der G-7, der sieben Wirtschaftsgrößmächte, am Donnerstag in London mit „B“ antworten. Und das heißt: Tiefe Schnitte nicht etwa bei der Versorgung, sondern bei den gehätschelten Kindern des alten Systems, bei Armee, KGB und Bürokratie.

Der nächste Schritt ist natürlich der Übergang in die Marktwirtschaft, auch wenn niemand sich über dessen Tempo – siehe Osteuropa – Illusionen machen sollte. Freilich hat sich der Putsch als Glück im Unglück erwiesen. Nun fordert auch der geschockte Gorbatschow den Sprung in die Marktwirtschaft, Bodenreform und Rubel-Konvertibilität. Auf diese Gelübde haben die bislang zögerlichen Amerikaner und Japaner richtig reagiert; die G-7-Gruppe wird sich am Donnerstag gewiß großzügiger zeigen als der Gipfel im Juli, bei dem Gorbatschow mit Gesten und guten Worten nach Hause geschickt wurde.

Ein Tor, wer jetzt schon behauptete, er wüßte das richtige Rezept (dann wären in Ostmitteleuropa schon florierende Marktwirtschaften entstanden). Diktieren kann der Westen ohnehin nicht, aber er kann der Sowjetunion helfen, sich selbst zu helfen. Kürzerfristig bedeutet dies dreierlei: Westliches Know-how und Kapital für die Energiewirtschaft könnte relativ rasch einen erklecklichen Multiplikator-Effekt zeugen; die Sowjetunion besitzt die größten Erdölreserven der Welt. Zweitens muß sich der Westen schon jetzt ein Programm für den Ernährungsnotstand ausdenken; dieser könnte schon im Winter brutale Wirklichkeit sein. Drittens braucht die Sowjetunion sofort Überbrückungshilfe für ihre defizitäre Zahlungsbilanz – um den Sturz des Rubels abzufangen und lebenswichtige Importe zu finanzieren.

Das alles aber sind nur Mullbinden; die Ursachen der Blutung kann nur die Sowjetunion selbst beseitigen. Ressourcen für den Rüstungssektor (30 Prozent des Brutto-sozialprodukts) müssen umgelenkt, die Notenpressen angehalten, die Preise freigegeben werden. Zum eigenen Frommen muß sich die Sowjetunion nicht nur für West-Geld, sondern auch West-Wissen öffnen. Wie schafft man zum Beispiel lebensnotwendige Kapitalmärkte, die man dort seit 70 Jahren nicht kennt? Derlei Schritte, beileibe nicht einfach, werden das Vertrauen stärken und aus der Soforthilfe stete Kapitalströme machen. Aber auch der Westen ist gefordert, wo es wehtut: beim Niederrei-

ßen seiner Handelsschranken. Wer nicht will, daß die Sowjetunion Almosenempfänger bleibt, muß es ihr ermöglichen, auf dem Weltmarkt zu erwirtschaften, was heute und morgen noch aus westlichen Kassen fließen muß.

p d g